Interpellation Angehrn-St.Gallen:
«Schutz vor chinesischer Überwachung

Mitte Februar dieses Jahres hat der Bundesrat einen Bericht zur Situation von tibetischen und uigurischen Personen in der Schweiz verabschiedet[1]. Dieser basiert auf einem Forschungsbericht der Universität Basel im Auftrag des Bundesamtes für Justiz[2].

Dieser hält fest, dass die Volksrepublik China mit grosser Wahrscheinlichkeit Tibeterinnen und Tibeter sowie Uigurinnen und Uiguren in der Schweiz dazu bewegt, Mitglieder ihrer eigenen Gemeinschaften auszuspionieren und unter Druck zu setzen. Es gebe auch Hinweise darauf, dass politisch aktive Personen systematisch beobachtet, fotografiert und gefilmt werden. Zudem gebe es auch Indizien für Cyberangriffe und die Überwachung von Kommunikationsaktivitäten. Von solchen Aktivitäten seien potenziell auch Schweizer Staatsbürgerinnen und -bürger betroffen, die sich in diesem Bereich politisch engagieren. Weiter hält der Forschungsbericht fest, dass sich auch andere westlich orientierte Staaten mit dem Thema transnationaler Repression befassen, und er zeigt auf, welche Massnahmen sie in diesem Bereich umsetzen und welche Strategien sie verfolgen.

Im Kanton St.Gallen leben seit den 1960er-Jahren Tibeterinnen und Tibeter. Die meisten haben sich in den Regionen Toggenburg, Rapperswil-Jona/Uznach, Wil/Uzwil/Flawil und St.Gallen niedergelassen und sind mittlerweile Schweizer Bürgerinnen und Bürger in der zweiten und teilweise dritten Generation. Vor dem Hintergrund des Berichts des Bundesrates stellt sich die Frage der Situation von tibetischen und uigurischen Personen im Kanton St.Gallen sowie auch dessen Bezug zur Volksrepublik China sowie der Überwachung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt die Regierung die Situation der Überwachung von tibetischen und uigurischen Personen und der diesbezüglichen Grundrechtseinschränkungen im Kanton St.Gallen ein? Hat sie konkrete Hinweise darauf, dass solche Massnahmen auf dem Kantonsgebiet erfolgen?
2. Welche Massnahmen ergreift die Regierung, um tibetische und uigurische Personen vor Überwachung zu schützen?
3. Inwiefern sind die Behörden auf kommunaler und kantonaler Ebene (Polizei, Migrations- und Sicherheitsbehörden) in Bezug auf transnationale Repression und Spionagetätigkeiten sensibilisiert? Welche Massnahmen ergreift der Kanton, um diese Sensibilität zu erhöhen?
4. Inwiefern können die kantonalen Behörden einschreiten, wenn Spionagetätigkeiten auf dem Gebiet des Kantons identifiziert werden (z.B. durch Strafverfolgung oder in Zusammenarbeit mit dem Nachrichtendienst des Bundes)?
5. Inwiefern sind Unternehmen im Kanton sowie die kantonalen Fachhochschulen und die Universität St.Gallen auf Spionage- und Überwachungstätigkeiten durch die Volksrepublik China vorbereitet?
6. Ist die Regierung bereit, die Überwachung von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern mit tibetischer oder uigurischer Herkunft in Gesprächen mit Vertretungen der Volksrepublik China und des hiesigen Botschafters zu thematisieren?»

---

1 Situation von tibetischen und uigurischen Personen in der Schweiz. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 20.4333 APK-N vom 9. November 2020.

2 Die Situation der tibetischen und uigurischen Gemeinschaften in der Schweiz: Effektive und wahrgenommene Druckausübung. Forschungsbericht vom 30. April 2024 von Prof. Dr. Ralph Weber / Shrey Kapoor, M.A. / Selina Morell, M.A. / Dr. Barbara von Rütte, Europainstitut der Universität Basel.

2. Juni 2025 Angehrn-St.Gallen